Tijen Ataoğlu, LL.M.
Mitglied des Deutschen Bundestages
Recht gut informiert
Newsletter Ihrer
Bundestagsabgeordneten
Nr. 21

Liebe Leserinnen und Leser,

auf eine Doppelsitzungswoche folgt eine neue Ausgabe meines Newsletters - ich hoffe, Sie sind auf Neuigkeiten aus Berlin gespannt.

Die Stimmung in unserem Land ist nicht zuletzt wegen der Auswirkungen des Iran-Krieges weiter angespannt. Viele Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht mehr von der Koalition. Vor allem eine Regierung, die gemeinsam handelt mit Verantwortung, Tempo und Fortschritt.
Es ist an uns, in den kommenden Wochen weiter unter Beweis zu stellen, dass wir als Union auch unter schweren Bedingungen in der Lage sind, unser Land wieder nach vorne zu bringen. Mit der heute verabschiedeten Senkung der Energiesteuer für zwei Monate werden wir zumindest für eine kurzfristige finanzielle Erleichterung der Pendlerinnen und Pendler und der Wirtschaft sorgen.
Das kann allerdings nur ein erster Schritt sein; es müssen in den nächsten Wochen grundlegende Reformen folgen.

Aus dem Bereich der Rechtspolitik gibt es sehr gute Neuigkeiten. Zum einen hat das Kabinett die von uns als Rechts- und Innenpolitikern schon seit vielen Jahren geforderte IP-Adressenspeicherung beschlossen. Das ist ein Meilenstein zur effektiven Aufklärung von Straftaten im Internet; insbesondere im Bereich des Kindesmissbrauchs. Zum anderen werden wir das Anwaltsnotariat reformieren, um mehr großartige Juristinnen und Juristen für den Beruf des Notars gewinnen zu können.

In Sitzungswochen dürfen zahlreiche Gäste im Bundestag nicht fehlen. So haben mich Schülerinnen und Schüler vom Käthe-Kollwitz-Berufskolleg in Hagen, von der Freien Evangelischen Schule Hagen und vom Christian-Rohlfs-Gymnasium in Hagen besucht. Gerade in unruhigen politischen Zeiten ist es wichtig, im engen Austausch mit jungen Menschen zu sei. Sie haben einen sehr klaren Blick auf Politik und Gesellschaft. Ich freue mich schon jetzt auf die weiteren Schülergruppen, die mich in den kommenden Wochen besuchen werden.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und ein erholsames Wochenende.

Ihre Tijen Ataoğlu

© Deutscher Bundestag

Regierungsbefragung unseres Kanzleramtschefs und Ministers Thorsten Frei

An jedem Mittwoch einer Sitzungswoche des Deutschen Bundestages stellt sich die Bundesregierung den Fragen der Parlamentarier. An diesem Mittwoch hatte ich die Gelegenheit, dem Chef des Bundeskanzleramts Thorsten Frei persönlich eine Frage zu stellen. Als Rechts- und Innenpolitikerin geht es mir in erster Linie um eine effektive Verhinderung und Verfolgung von Straftaten. Durch unser zunehmend digitales Leben ist auch im digitalen Raum immer mehr Kriminalität zu verzeichnen. Ob bei Beleidigungen auf Online-Plattformen, sexueller Belästigung über Social Media oder - noch schlimmer - der Verbreitung von Kinderpornografie muss der Staat handlungsfähig sein.

Bislang gibt es hier eine hohe technische Hürde. Die IP-Adresse, mit der ein Geräte online agiert, ändert sich in regelmäßigen Abständen. Es wird aber nicht aufgezeichnet, zu welcher Zeit ein eine Webseite mit welcher IP zugreift und wer hinter dieser IP-Adresse steckt. So ist es für die Polizei kaum möglich, Täter zu ermitteln. Länder wie beispielsweise die USA agieren hier anderes und geben bei schwerwiegenden Straftaten gelegentlich ihre Erkenntnisse an uns weiter. So konnte mithilfe von Informationen US-amerikanischer Kinderschutzbehörden bei uns erfolgreich gegen Betreiber eines Kinderporno-Rings ermittelt werden.

Mit meiner Frage wollte ich wissen, was wir denn nun in Deutschland und Europa tun können, um selbst einen besseren Schutz zu schaffen. Wie Herr Minister Frei berichtete, hat sich das Kabinett nach längeren Beratungen just an diesem Tag auf ein neues Gesetz zur Speicherung von IP-Adressdaten geeinigt. Zukünftig sollen diese Daten vorsorglich für drei Monate gespeichert werden. Aber nicht vom Staat, sondern den Internetanbietern. Nur bei einem Tatverdacht können die Behörden dann zu einzelnen Personen Informationen erhalten. So können Datenschutz und Privatsphäre geschützt werden und gleichzeitig kann sich kein Täter online verstecken. Ich freue mich sehr darauf, diesen Gesetzesvorschlag bald im Parlament zu beraten.

© Büro Tijen Ataoğlu, MdB

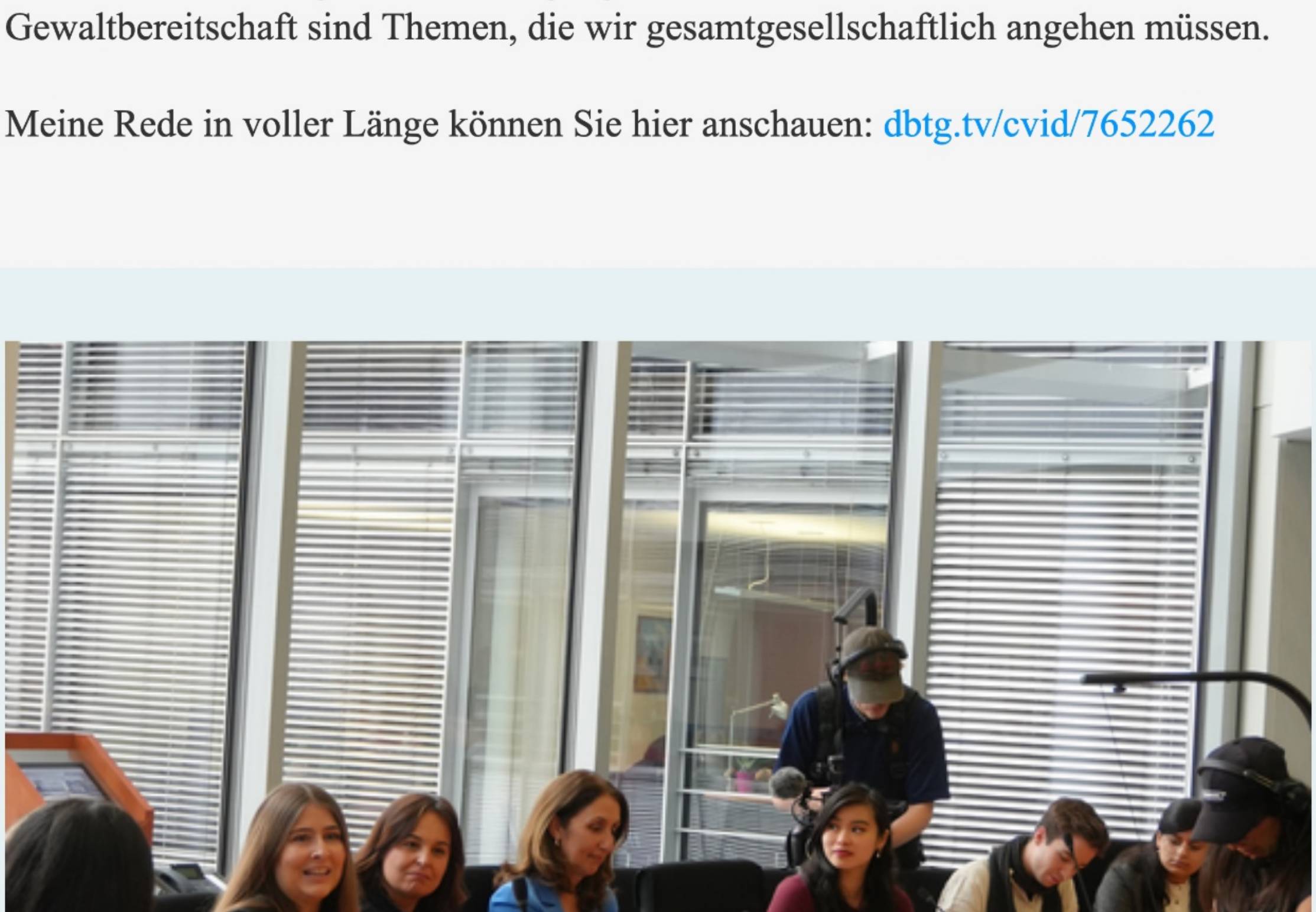
Meine Rede im Plenum zur Reform des Sexualstrafrechts

Allein im letzten Jahr wurde 14.454 Fälle von Vergewaltigungen bei der Polizei angezeigt. Das ist eine erhebliche Steigerung zum Vorjahr und dabei sind die nicht angezeigten Taten, das Dunkelfeld, noch nicht einmal enthalten. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Das sehen nicht nur wir so, sondern auch die Opposition im Deutschen Bundestag. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert daher, dass das im Sexualstrafrecht verankerte „Nein-heißt-nein-Prinzip“ zum „Nur-Ja-heißt-Ja-Prinzip“ geändert wird. Bislang sind sexuelle Handlungen strafbar, wenn sie gegen den erkennbaren Willen einer anderen Person erfolgen. Die Grünen fordern, dass eine aktive Zustimmung notwendig ist.

In meiner Rede zu diesem Gesetzentwurf am Donnerstag habe ich deutlich gemacht, dass das Ziel dieser Regelung richtig ist. Als Richterin sehe ich aber auch, dass in der Praxis damit wenig gewonnen ist. Denn im Strafrecht gilt anders als vor Zivilgerichten ein unumstößlicher Grundsatz: Im Zweifel für den Angeklagten. In Fällen, in denen objektiv nachweisbare Spuren wie Verletzungen, Würgemale oder Rötungen fehlen, gelangen die Staatsanwälte und Richter oft an den Punkt, wo die Aussage des Opfers gegen die Aussage des Beschuldigten steht. Denn die meisten Vergewaltigungen geschehen aus einem bestehenden Näheverhältnis heraus, in der Partnerschaft, der Ehe oder durch einen Bekannten. Für das Gericht macht es bei der juristischen Frage der Beweiswürdigung dabei keinen Unterschied, ob nicht festgestellt werden kann, dass das Opfer aktiv „Nein“ gesagt oder dass das Opfer kein „Ja“ gesagt hat. Der sehr gut gemeinte Vorschlag der Grünen wird in der juristischen Praxis bedauerlicherweise nicht viel ändern.

Ich denke, dass die Lösung dieses so wichtigen uns sensiblen Themas nicht primär im Strafrecht liegt. Der Umgang mit Sexualität und die zunehmende Gewaltbereitschaft sind Themen, die wir gesamtgesellschaftlich angehen müssen.

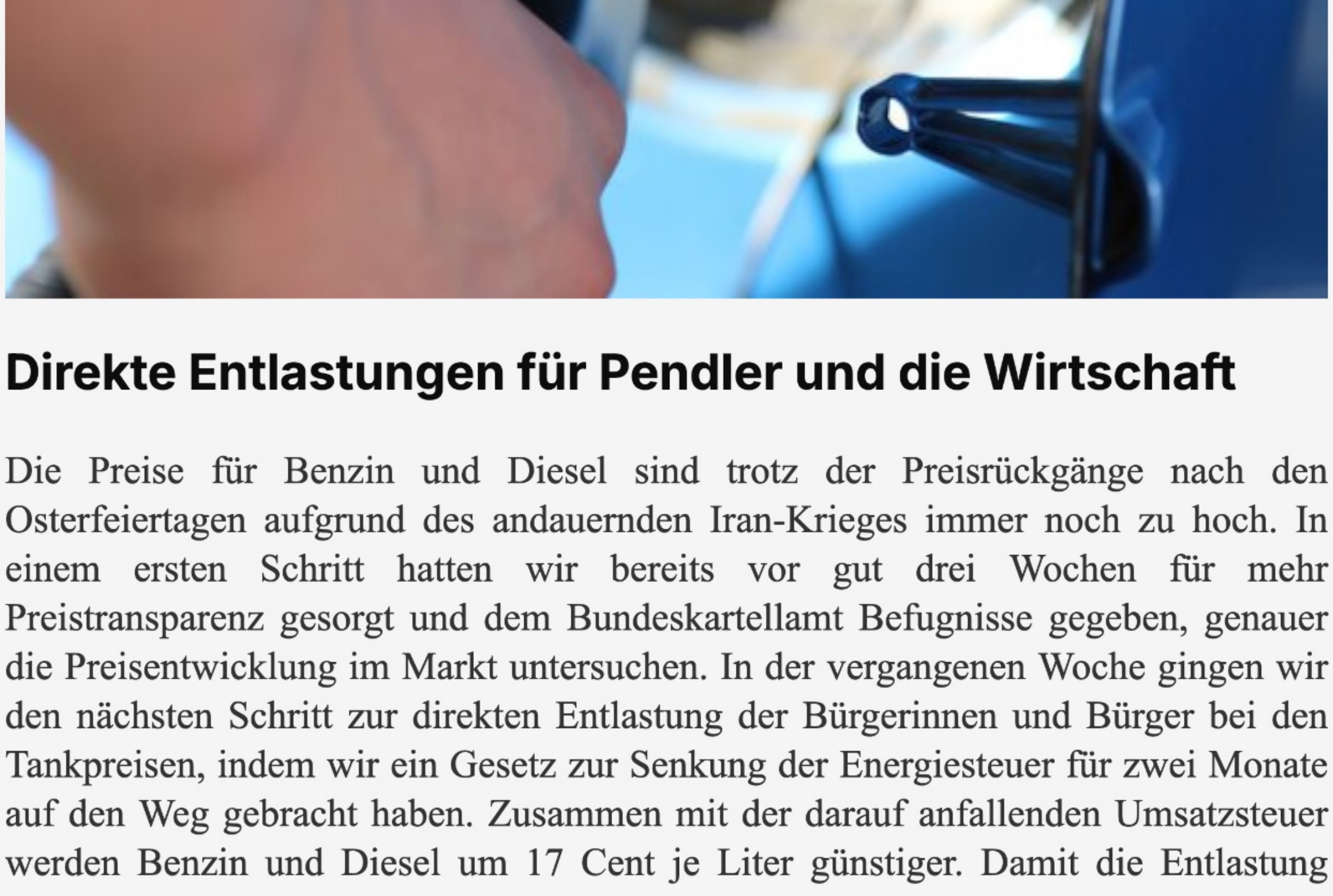
Meine Rede in voller Länge können Sie hier anschauen: dbtg.tv/cvid/7652262


© Büro Tijen Ataoğlu, MdB

Diskussionsrunde mit Stipendiaten des Diversify-Programms

Für mich bot der letzte Tag der Doppelsitzungswoche noch ein besonderes Highlight. Zusammen mit zwei meiner Parlamentskolleginnen Aydan Özoğuz von der SPD und Ayşe Asar von den Grünen durften wir mit einer Gruppe von 25 Stipendiaten des Diversify-Programms diskutieren. Mit diesem Programm fördert die Deutschlandstiftung Integration gesellschaftlich benachteiligte junge Menschen, sich politisch zu engagieren und einzubringen. Ich unterstütze die Arbeit der Stiftung regelmäßig, indem ich im Rahmen einer Mentorenschaft oder einer längeren Hospitation Stipendiaten der Stiftung die Möglichkeit gebe, Einblicke in meine Arbeit als Abgeordnete zu gewinnen.

Bei der Diskussion am Freitag standen unsere persönlichen Erfahrungen als Politikerinnen im Vordergrund. Wie entscheidet man sich für eine Partei, wie kann man sich aktiv einbringen und ein Mandat gestalten? Welche Herausforderungen warten und wie kann man sich in seiner Partei etablieren? Das waren nur einige Fragen, die wir diskutieren konnten.
Mein Eindruck aus dem Gespräch mit so vielen jungen, klugen Köpfen ist, dass in der jungen Generation unglaublich viel Potenzial schlummert. Manchmal brauchen junge Menschen einfach nur einen Mentor, der sie auf ihrem Weg begleitet. Ich habe jedenfalls große Freude daran, genau diese motivierten Menschen auf ihrem Weg zu begleiten.



Direkte Entlastungen für Pendler und die Wirtschaft

Die Preise für Benzin und Diesel sind trotz der Preisrückgänge nach den Osterfeiertagen aufgrund des andauernden Iran-Krieges immer noch zu hoch. In einem ersten Schritt hatten wir bereits vor gut drei Wochen für mehr Preistransparenz gesorgt und dem Bundeskartellamt Befugnisse gegeben, genauer die Preisentwicklung im Markt untersuchen. In der vergangenen Woche gingen wir den nächsten Schritt zur direkten Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bei den Tankpreisen, indem wir ein Gesetz zur Senkung der Energiesteuer für zwei Monate auf den Weg gebracht haben. Zusammen mit der darauf anfallenden Umsatzsteuer werden Benzin und Diesel um 17 Cent je Liter günstiger. Damit die Entlastung schnell an der Zapfsäule ankommt, haben wir das Gesetz im Eilverfahren im Bundestag beraten und verabschiedet. Auch der Bundesrat hat heute zugestimmt, so dass die Maßnahmen zum 1. Mai umgesetzt werden können.

Die Senkung der Energiesteuer führt dazu, dass Bürger und Wirtschaft um 1,6 Milliarden Euro entlastet werden.

🌐 Meine Homepage

Impressum:
Nr. 21 | 24. April 2026
Herausgeber:
Bundestagsbüro Tijen Ataoğlu, LL.M., MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: +49 30 / 227-70928
E-Mail: tijen.ataoglu@bundestag.de
V.i.S.d.P.: Tijen Ataoğlu, LL.M., MdB

Web-Ansicht | Webview | Web görünümü

Abmeldung | Unsubscribe | Abonelikten çıkma bağlantısı